

DDR: Der Jugend Vertrauen und Verantwortung?

Ehrliche Absicht oder nur Propaganda und Machtkalkül?

Am 7. März 1946 wurde die Freie Deutsche Jugend (FDJ) als antifaschistische und einheitliche Jugendorganisation gegründet. Das Gründungsdokument unterzeichneten Erich Honecker, Edith Baumann, Theo Wiechert, Rudi Mießner, Paul Verner, Heinz Kessler, Gerhard Rolack, Heinz Külkens, Domvikar Lange und Pfarrer Hanisch. Die FDJ war die einzige Jugendorganisation in der DDR. Die Mehrheit der nach 1945 im Osten Deutschlands Geborenen haben ihr angehört. 1989 hatte sie 2,3 Millionen Mitglieder. Mit dem Ende der DDR 1989/90 wurde sie weitgehend bedeutungslos. In den ostdeutschen Ländern und im Leben vieler hat die FDJ aber ihre unauslöschlichen Spuren hinterlassen. Als ihr 1. Sekretär von 1983-1989 hier eine kritische Reflexion zu unserer Vergangenheit.

Zu den zentralen politischen Prämissen der DDR gehörte es, immer wieder zu deklarieren, dass der Jugend Vertrauen und Verantwortung gehören und sie die Zukunft des Landes sei, in den 1960er Jahren hieß es gar, die Jugendlichen seien „die Hausherrn von morgen“. Auch ich als leitender FDJ-Funktionär wiederholte oft: „Die DDR – ein Staat der Jugend. Der Jugend gehört die Zukunft.“ Als eindrucksvolle Beweise führte auch ich immer wieder die drei Jugendgesetze (1951, 1964, 1974) an, die allgemeinbildende polytechnische Oberschule für alle Kinder des Volkes, die vielfältigen außerschulischen Bildungsmöglichkeiten, die offenen Bildungswege nach vorn und die solide berufliche Ausbildung mit einem garantierten Arbeitsplatz, die kostenfreie Hochschulbildung und die Gewährung von staatlichen Stipendien, das moderne Abtreibungsrecht und die Unterstützung junger Familien, die soziale Sicherheit, die keine Arbeits- und Obdachlosigkeit für Jugendliche kannte, und manch andere soziale Errungenschaft. Die Leistungen von Jugendlichen an wichtigen Entwicklungsprojekten der DDR waren auch Beweise, dass die Jugend dieses sie anerkennende Prinzip rechtfertigte. Viele Jugendliche verbanden mit der DDR die große Hoffnung, in einer ausbeutungsfreien Gesellschaft in Frieden und Gemeinschaft zu leben. Dafür setzten sie sich aktiv ein. Wer sich durch gute Leistungen in der Schule, im Studium und im beruflichen Leben auszeichnete, fand gesellschaftliche Anerkennung. Untersuchungen des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig belegen, dass bis in das Jahr 1989 hinein unter der Jugend eine ziemlich hohe Identifikation mit der DDR als Ganzes vorherrschte. Dies schloss kritische Positionen zweifellos ein, unter einem großen Teil der Jugend gab es eine große konstruktive Mitwirkungsbereitschaft, die viel zu selten erschlossen wurde. Zweifellos war es gewiss ein ehrlicher Glaube in der SED und ihren Funktionären, der Jugend zu vertrauen und ihr auch Verantwortung zu übertragen. Im Alltäglichen gab es viel Skepsis, mehr und überwog gar das Misstrauen, es gab zu wenig Mut zur Umsetzung dieses zukunftsweisenden Prinzips. Es herrschte nicht selten gar Furcht, die Jugend könnte alles anders machen wollen und sich mehr an westlichen Vorbildern orientieren.

Gerechterweise muss aber auch hinzugefügt werden, dass die SED und die DDR ihre Jugendpolitik unter weltpolitischen Zwängen auch nicht frei entwickeln konnte. Sowohl die Prämissen der KPdSU und der Sowjetunion für die sozialistischen Länder als auch die internationale Auseinandersetzung im Kalten Krieg bestimmte wesentlich die Vorsicht in der Jugendpolitik. Hinzu kamen Illusionen über einen angeblichen Siegeszug des Sozialismus in der Welt, Fehleinschätzungen über die wahre gesellschaftliche Entwicklung in der DDR, die Unterschätzung der Wichtigkeit der nationalen Frage in der Auseinandersetzung mit der BRD im Denken der jungen DDR-Bürger, Wunschdenken hinsichtlich der Bewusstseinsentwicklung der Bevölkerung und vorherrschender Subjektivismus in den verschiedenen Ebenen von Partei und Staat. Zudem spielte der einheitliche Jugendverband der DDR FDJ in den politischen Überlegungen eine wesentlich geringere Rolle als öffentlich lauthals verkündet. Seine eigentlichen Potenzen wurden nicht selten eher missbraucht als genutzt, ihm wurden oft Aufgaben zugewiesen, die unrealistisch und sehr oft auch sektiererisch waren, sodass sich die Jugend mehr und mehr von ihm abwandte.

Das Gebot, der Jugend zu vertrauen und ihr Verantwortung zu übertragen gehört zu den Gründungsmythen der DDR und findet auch in dieser Zeit seine historische Begründung. Deutschland lag 1945 am Boden, viele Menschen hatten Hab und Gut verloren und glaubten kaum noch an eine Zukunft. Viele waren Anhänger Hitlers, waren NSDAP- und HJ-Mitglieder und hingen der Nazi-Ideologie an. Hinzu kam, dass viele Alte im Krieg gefallen oder noch in der Gefangenschaft waren und somit für den Neuaufbau gar nicht zur Verfügung standen. Der 1946 gegründete Jugendverband FDJ war deshalb eine zukunftsweisende Reaktion auf diesen Fatalismus: „Bau auf, bau auf, Freie Deutsche Jugend bau auf, für eine bessere Zukunft richten wir die Heimat auf!“, „Fort mit den Trümmern und was Neues hingebaut, um uns selber müssen wir uns selber kümmern!“ Und: „Deutsche Jugend, pack an, brich dir selber die Bahn, für Frieden, Freiheit und Recht. Kein Zwang und kein Drill, der eigene Will' bestimme dein Leben fortan. Blicke frei in das Licht, das dir niemals gebricht. Deutsche Jugend, steh deinen Mann.“ Das war der musikalische Background für das Beseitigen der Trümmer, den Neuaufbau im Osten Deutschlands. Symbole des Neuaufbaus sollten den Erfolg dieses Strebens beweisen: Max brauchte Wasser in Thüringen, die Talsperre Sosa im Erzgebirge sollte dem Wismut-Gebiet Trinkwasser spendieren, die Stalin-Allee in Berlin sollte das Muster modernen Wohnens werden, Stalinstadt an der Oder die erste sozialistische Stadt; das Kraftwerk Trattendorf in der Lausitz, der Rostocker Hafen, die Wische in der Altmark u.a., sie alle waren sichtbare Symbole des Aufbauwillens. Bisher Abseitsstehende sollten mitgerissen werden von diesem Enthusiasmus, keiner sollte zurückbleiben. Selbst frühere HJ-Mitglieder durften seit 1947 in der FDJ mitmachen (was für ein Vertrauen!). Junge SED-Mitglieder, junge Liberaldemokraten, Parteilose, Arbeiter, Bauern, Neulehrer, Christen und Atheisten gestalteten gemeinsam ein Jugendleben, das viele Mädchen und Jungen aktiv werden ließ. Sie trafen sich in ihren Orts- und Betriebsgruppen. Die antifaschistische Führung der sowjetischen Besatzungszone und der jungen DDR baute auf dieses Engagement der Jugend und meinte Bestätigung dafür auch in der Geschichte der Sowjetunion und der des Komsomol zu finden. „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung!“ half in den Gründungsjahren bei der Herausbildung eines individuellen Heimatgefühls für viele Jugendliche, es stützte eine ziemlich hohe Übereinstimmung zwischen Individuum und Gesellschaft, was auch viele Jahre zur politischen Stabilität in der DDR beitrug.

Zugleich stand die Führung des Landes vor einem Dilemma. Während die „Alten“ ihre Ziele endlich verwirklicht sahen und hofften, dass auch die „Jungen“ das würdigen werden, gab es letztlich für die „Jungen“ später nur noch wenig neue Gestaltungsspielräume. Vieles war in den 1950er Jahren wieder aufgebaut und sollte nun nur noch geachtet (oder gar geehrt) und verteidigt werden. In der politischen Diktion hieß deshalb die Forderung an die Heranwachsenden nicht selten, dankbar zu sein. Sie sollten nur die Stafette der revolutionären Errungenschaften weitertragen, eine Aufforderung zu grundsätzlich schöpferischer gesellschaftlicher Mitgestaltung erging nie. Die DDR-Gesellschaft verharrte in den starren Formen der durch Marx, Engels, Lenin und der Sowjetunion (Stalin) geprägten Vorstellungen, in den seit 1948 geprägten stalinistischen Strukturen. Was zu tun war, bestimmten seit 1948 ausschließlich die SED und ihr Politbüro. Demokratie sollte zwar sein, war aber nicht wirklich gewollt, bestenfalls in Gestalt des sogenannten demokratischen Zentralismus, der auch kaum ernsthaft verwirklicht wurde. Die Folge war nicht selten duckmäuserische Anpassung und Opportunismus und geringes Engagement; bis 1961 auch die Flucht in den Westen – später die Ausreiseanträge.

Es wurde von der Führung und auch den nachgeordneten Parteistrukturen völlig übersehen, dass sich auf der Grundlage des Geschaffenen stets neue Bedürfnisse entwickelten. Für deren Erfüllung gab es zwar teilweise utopische Versprechungen (BRD im Pro-Kopf-Verbrauch überholen, Überholen ohne einzuholen), aber nie ein die Jungen wirklich mobilisierendes Konzept, deren Wünsche störten eher die Sicherung sozialistischer Errungenschaften. Das Trauma der Partei vom 17. Juni 1953, wo ihre Macht wegen sozialer Einschnitte gefährdet und nur dank sowjetischer Panzer gesichert wurde, lastete auch auf der Jugendpolitik. Unsere Propaganda konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der DDR einen fundamentalen „Generationenkonflikt“ gab, der immer geleugnet wurde. Es wuchs aber eine Generation heran, die nach 1945 geboren war, die nur die realen sozialistischen Lebensverhältnisse kannte, für die der Kampf der Arbeiterklasse und der politisch in SPD und KPD Agierenden gegen kapitalistische Ausbeutung nur historischer Stoff war.

Die späteren Jugendobjekte und Projekte wie Erdgastrasse, Berlin-Initiative, Messe der Meister von Morgen, Jugendforscherkollektive zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution u.a. waren zwar herausfordernde Aufgaben, aber sie bündelten keineswegs die Herausforderungen für eine gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung zur dynamischen Entwicklung der Gesellschaft. Hinzu kam, dass selbst solche Prestige-Projekte stark unter Mangel an Material und Finanzen litten. Das Streben junger Leute, die eigene Lebenslage ständig zu verbessern und Wohlstand zu erwerben, scheiterte oft an den Grenzen der DDR-Ökonomie, an der Versorgungslage und dem Mangel an Material. Die DDR verfolgte zwar ein riesiges Wohnungsbauprogramm, aber das Wohnungsproblem blieb für die meisten jungen Leute ein ungelöstes. Selbst ein Haus zu bauen, war verpönt und finanziell und materiell kaum untersetzt, etliche nutzten die Chance, leerstehenden Wohnraum in Eigeninitiative wenigstens um- und auszubauen. Junge Leute konnten es auch nicht als Vertrauensbeweis werten, dass später Rentner in den Westen fahren konnten, sie aber nicht die Welt erkunden durften, stattdessen schon bei einer Ungarn-Reise oder Bulgarien-Reise misstrauisch beäugt wurden. Besuche in der Sowjetunion vermittelten zudem einen ziemlich pessimistischen Eindruck, weil dort die Versorgungslage noch schlechter war und die Wohnungsnot noch größer.

Als mit Perestroika und Glasnost ein völlig anderer Impuls aus der schon siechen Sowjetunion kam, hätte auch bei uns verstanden werden müssen, dass die Zeichen auf Veränderungen stehen müssen. Eine gesellschaftliche Debatte wäre eigentlich unumgänglich gewesen, wurde aber weder angeregt noch wäre sie geduldet worden. Diese Gelegenheit wurde von der Führung und vielen von uns leider nie begriffen. Stattdessen ließ die Parteiführung – auch von uns FDJ-Funktionären unterstützt – zum Unverständnis der DDR-Bürger prahlerisch wissen, dass die Sowjetunion eher von der DDR lernen könne. Dabei lasse ich außer Betracht, dass eine gesellschaftliche Debatte wahrscheinlich auch nicht den DDR-Sozialismus gerettet hätte und die sowjetischen Ideen auch nicht zielführend waren. Nur, es hätte uns zum Handeln zwingen müssen. Stattdessen wurde die These vom tollen „Sozialismus in den Farben der DDR“ als Beruhigungsspiel gereicht und jeder Gorbi-Anhänger verdächtigt, diesem Sozialismus in der DDR Schaden zu wollen.

Die heranwachsende Generation – damit sind zunächst vor allem die von 1945-1960 Geborenen gemeint – durfte eben nicht nach „eigenem Will“ gestalten und entscheiden. Die Wünsche von Jugendlichen, ihre kulturellen Ausdrucks- und Lebensweisen, ihr Selbstbewusstsein blieben der älteren Parteigeneration oft unverständlich. In den 1950er und 1960er Jahren gab es deshalb eine große widersprüchliche Vielfalt von Auffassungen über die Jugend, letztlich auch kein gesellschaftliches Konzept für jungendliches Engagement. Die FDJ erklärte sich Anfang 1957 über Nacht (nach den Ungarn-Ereignissen) zur sozialistischen Jugendorganisation. Auf dem V. Parteitag der SED 1958 verkündete Walter Ulbricht zehn Gebote sozialistischer Ethik und Moral als erzieherische Leitlinien. Obwohl der Kirche 1946 eigene Jugendarbeit zugesagt war, wurde in den 1950er Jahren gegen die Junge Gemeinde eine Kampagne geführt, später auch die Evangelische und Katholische Studentengemeinde (ESG/KSG) als Widerpart der FDJ ausgemacht, Drangsal gegenüber kirchlich gebundenen Jugendlichen hörte bis zum Ende der DDR nie auf! Die Varianten demokratischer Mitwirkung blieben schmal, misstrauisch wurde immer zivilgesellschaftliches Engagement beäugt oder gar administrativ eingeschränkt. Gab es in der Ulbricht-Zeit noch öffentliche Diskussionen zu Gesetzesvorhaben, wurden solche nach 1976 nie mehr organisiert. Stattdessen immer neue Kampagnen des Wettbewerbs und solche inhaltsleeren Losungen wie „Dein Arbeitsplatz – dein Kampfplatz für den Frieden“.

In gewisser Weise kann man auch verstehen, warum ein Misstrauen gegenüber der Jugend angesagt war. Denn ob sie den Vorstellungen der „Alten“ vom Sozialismus (ja nach sowjetischem Stalin'schen Modell!!) auf Dauer zu folgen bereit war, war angesichts des nebenan existierenden auch sozial erfolgreichen Gesellschaftsmodells (auch unter Einfluss des Sozialismus und des Sozialdemokratismus) in der BRD eine durchaus offene Frage. Hinzu kamen natürlich messbare ideologische Einwirkungen aus der BRD, vor allem über die „Westsender“. Die Frage, ob die in der DDR Heranwachsenden diesen Sozialismus in dieser Art und Einschränkung wirklich für immer wollten oder gar andere Vorstellungen von der Art des Lebens hatten, haben wir doch nie gestellt. Viele verließen damals die DDR gen Westen. Mit dem Mauerbau 1961 isolierten wir den DDR-Sozialismus noch weiter von der ökonomischen und kulturellen Entwicklung in der Welt und versperrten den Heranwachsenden nicht nur den Blick über den Tellerrand, sondern sperrten sie bis 1989 gar ein. Die weltpolitischen Zwänge jener Zeit ließen wahrscheinlich keine andere Lösung zu, aber sie war trotzdem kein Vertrauensbeweis für die Jugend der DDR und zu deren Verbundenheit mit ihrem Staat. Und sträflich unterschätzt wurde die Bedeutung der nationalen Komponente im

Bewusstsein der Jugend und in der von uns später präferierten Abgrenzungspolitik. „Mehr Demokratie wagen!“ war im Westen eine sozialdemokratische Antwort an die westdeutsche Jugendbewegung Ende der 1960er Jahre. Die DDR-Führung hielt eine solche Aufforderung aber für systemgefährdend.

Nicht zu übersehen ist aber in diesem Zusammenhang doch der bescheidene Ulbricht'sche Versuch, größere Gestaltungsspielräume in der Gesellschaft zu eröffnen (interessanterweise inspiriert von damals jüngeren Leuten wie Mittag, Jarowsky, Halbritter u.a.!). Das NÖS und die Auffassung, dass der Sozialismus eine relativ selbstständige Gesellschaftsformation sei, schienen Chancen für neue Wahrnehmung von Verantwortung der Jugend zu sein, die auch partiell genutzt wurden.

Es ist kein Zufall, dass in dieser Zeit auch das Jugendkommuniqué der SED 1963 beschlossen wurde (21.09.1963). Erarbeitet war dieses von Journalisten und einigen Parteifunktionären. Es stand nicht zufällig unter der Losung: „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung!“ Es räumte den Jugendlichen größere Spielräume ein. Und das Politbüro sprach in dieser Zeit gar von Problemen unter der Jugend. Ulbricht kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die gewünschte Diskussion über die aktuellen Herausforderungen für die Jugend nicht in Gang komme. Es gab viel Kritik: an der Gängelei in nicht wenigen Schulen, die FDJ würde zu wenig die Interessen der Jugendlichen vertreten.

Das Kommuniqué bekräftigte die unter älteren Genossen umstrittene These von den „Hausherren von morgen“. Weitschweifig und unrealistisch wurden die weltpolitischen Herausforderungen beschrieben, wonach der Sozialismus auf der Siegesstraße und auch die Perspektive für die kapitalistische BRD sei. Als Sinn des Lebens wurde definiert, dass es sich lohne „in einer solchen Zeit zu leben, zu arbeiten und zu kämpfen.“ Die in der DDR wachsende „sozialistische Menschengemeinschaft“ verdiene das Vertrauen der Jugend, „eifriges Lernen“, „schöpferisches Arbeiten“, „selbstständiges Denken“ bestimme bereits das Bemühen Jugendlicher. „Harte Arbeit“, „nervenaufreibender Streit um bessere Produktionsergebnisse“ würden sie „glücklich und zufrieden“ machen. Die Parteiführung forderte die Jugend ziemlich unverblümt auf, besser zu arbeiten und eine höhere Arbeitsproduktivität als im Kapitalismus zu erringen. Dafür werde „Pioniergeist“ benötigt, der größer ist, „als es die Entdeckung Amerikas verlangt hat.“ Arbeit sei eine „Sache der Ehre, des Ruhms und des Heldentums“.

Trotz dieses Schwulstes und erzieherischen Zeigefingers war das Dokument ein Indiz dafür, dass die SED-Führung die Realität zeitweise akzeptierte. Danach sollte das Verhältnis der Jugend frei sein von „Gängelei, Zeigefingerheben und Administrieren“. „Die Jugend ist früh reif und will darum früher ernst genommen werden; sie ist kritisch und erträgt schlechte Leiter nicht oder nur für kurze Zeit.“ Lehrer und Gesellschaftswissenschaftler wurden aufgefordert, der Jugend intensiv den Marxismus-Leninismus beizubringen. „Das Politbüro appelliert an alle Leiter und Erzieher, für alle Fragen der Jugend ein offenes Ohr zu haben und sie wahrheitsgetreu und prinzipienfest zu beantworten.“ Solche Fragen seien nicht als „lästig oder gar als Provokation“ abzutun. Die Jugend würde außerdem mit den „wenigen schwarzen Schafen in ihren Reihen, mit Bummelanten und Rowdys“ fertig werden. Man dürfe die Jugend nicht nach Äußerlichkeiten und ihren Vorlieben beim Tanz beurteilen: „Welchen Takt die Jugend wählt, ist ihr überlassen: Hauptsache, sie bleibt taktvoll.“

Die bislang verpönten „westlichen Lebensgewohnheiten“ der Jugendlichen sollten toleriert und durch politische Schulung kompensiert werden. Das Kommuniqué empfahl ausdrücklich die neuesten Werke von DDR-Schriftstellerinnen und -Schriftstellern, die im Zuge der Liberalisierung entstanden waren, so Christa Wolfs „Der geteilte Himmel“ und Erik Neutschs „Die Spur der Steine“. Kritische Dichter wie Wolf Biermann und Heinz Kahlau durften zeitweise auftreten. In Ost-Berlin wurden öffentliche „Streitgespräche“ veranstaltet, in denen Hunderte von Jugendlichen über aktuelle Fragen diskutierten. Es kam zu Treffpunkten mit Werkleitern, Ministern, Schriftstellern.

Walter Ulbricht persönlich erläuterte am 23.09.1963 Ziel und Inhalt dieses Dokuments auf einer Jugendkundgebung im Klub der Jugend und Sportler in der Berliner Stalinallee.

Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Phase einer offeneren DDR-Jugendpolitik mit dem „Deutschlandtreffen der Jugend“, das vom 16. bis 18. Mai 1964 in Berlin stattfand. Das SED-Politbüro hatte die Planungen abgesegnet und ein Programm formuliert, das Unterhaltung und Tanz geschickt mit politisch-ideologischer Indoktrination verband. Im Jahr zuvor hatte dieses Treffen noch „Nationales Festival der Jugend der DDR für Frieden und Sozialismus“. Offensichtlich war das der DDR-Führung doch noch zu viel Abgrenzung vom Westen, weshalb es wohl dann zur Bezeichnung „Deutschlandtreffen“ kam. Nach offiziellen Angaben kamen über eine halbe Million Jugendliche nach Ost-Berlin (es werden wohl wie 1963 verkündet nur 200 000 gewesen sein!), darunter 25 000 aus der Bundesrepublik – auch ich habe dieses Treffen in guter Erinnerung (war 17 Jahre alt). Es gab eine Vielzahl von Kulturveranstaltungen, Lesungen von Schriftstellern wie Brigitte Reimann, Christa Wolf, Hermann Kant und Dieter Noll. Der Berliner Rundfunk sendete erstmals das eigene Jugendprogramm „DT 64“, das nach dem Jugendtreffen einen festen Sendeplatz bekam und bis in die achtziger Jahre ein bei Jugendlichen beliebtes Programm blieb (und zeitweise gar eine Konkurrenz für den RIAS wurde). Für die westdeutschen Teilnehmer stellte sich die DDR in Aufbruchstimmung dar, bei vielen ostdeutschen Teilnehmern prägte sich das Deutschlandtreffen als Schlüsselerlebnis ihrer Jugendgeschichte ein.

Die Staats- und Parteiführung blieb gleichwohl misstrauisch der Jugend gegenüber. Denn auch nach dem Mauerbau orientierten sich viele Jugendliche in der DDR in Freizeit, Kleidung, Haarschnitt, Musik und Tanz an westlichen Vorbildern und Idolen. Höchst umstritten waren in dieser Zeit die Musik der Beatles, das Tragen von westlichen Jeans und lange Haare. Vor allem Schülerinnen und Schüler der Erweiterten Oberschulen galten als anfällig für bürgerlichen und kirchlichen Einfluss. Der Höhepunkt der Repressionen gegen die Kirchen war 1961 zwar überschritten, gleichwohl wurde die Jugendorganisation der Evangelischen Kirche, die junge Gemeinde, weiterhin scharf beobachtet und auch bekämpft.

Es zeichnete sich mehr und mehr aber ein Konflikt zwischen dem Erziehungsanspruch der FDJ und der Partei einerseits und dem Bestreben vieler Jugendlicher andererseits, sich ihren individuellen Freiraum zu bewahren. Es handelte sich hier auch um einen Generationskonflikt, der schließlich 1965 offen zum Ausbruch kam. Die im ZK der SED maßgeblichen Funktionäre hatten ihre politische Sozialisation in den politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik erhalten und die Zeit des Nationalsozialismus im Widerstand oder im sowjetischen Exil verbracht. Aufgrund ihrer eigenen Jugenderfahrungen standen sie den Bedürfnissen und kulturellen Ausdrucksformen der neuen Jugendgeneration fremd und verständnislos gegenüber. Sie hielten die Begeisterung für

englische Beat-Gruppen, die Vorliebe für westliche Mode und lange Haare für „dekadent“ und „unmoralisch“.

Sie konnten das Verhalten der Jugendlichen nur in die Deutungsmuster des Kalten Krieges einordnen. So wurden in den Augen der Funktionäre Beat-Gruppen zu Agenten des Klassenfeindes und die jugendliche Subkultur zu einem politisch gefährlichen Protest.

Auch konnten bestimmte berechnete Ansprüche Jugendlicher auf Grund der ökonomischen Lage nie befriedigend erfüllt werden: Ich nenne als Beispiele: Motorräder, Mopeds, moderne Jugendmode und Sportkleidung, populäre Bücher und Jugendzeitschriften, Lizenz-Schallplatten, Kassettenrecorder, später: Videorecorder, Computer, ein Quelle ständiger Unzufriedenheit der Jugend.

Am 11. Oktober 1965 berieten in Abwesenheit Walter Ulbrichts das ZK-Sekretariat und weitere Spitzenfunktionäre unter Leitung des damaligen Sekretärs für Sicherheitsfragen des ZK der SED Erich Honecker über aktuelle Probleme der Jugendarbeit. Die Versammelten kamen zu dem Schluss, dass „Entstellungen der Jugendpolitik der Partei“ korrigiert werden müssten. Beschlossen wurde beispielsweise, dass allen Gruppen, die „dekadente westliche Musik“ spielten, die Lizenz zu entziehen sei. „Gammler“ und andere Personen aus dem Umfeld der Beatgruppen, die keiner geregelten Arbeit nachgingen, seien, falls sie gegen die Gesetze der DDR verstießen, in Arbeitslager einzuweisen.

Die FDJ-Führung hatte die Begeisterung der DDR-Jugend für englische Beatgruppen wie die Beatles und die Rolling Stones kanalisieren wollen und im Mai 1965 zu einem nationalen Gitarrenwettbewerb aufgerufen. Dieser wurde auf Weisung der Partei im Sommer abgebrochen, weil sich herausstellte, dass die Gruppen sich vorwiegend an englischen Bands orientierten. Die FDJ-Führung schwenkte auf den harten Kurs ein und bezeichnete die Gitarrenwettbewerbe als Fehler.

Im Herbst 1965 wurden die Bezirke angewiesen, alle Beatgruppen zu registrieren, vorzuladen und ihnen bei Verstoß gegen die 60/40-Regelung (wonach die Mehrheit der Unterhaltungsmusik aus DDR- bzw. sozialistischer Produktion zu stammen hatte), bei „Exzessen“ auf und vor der Bühne, bei englischen Bandnamen, „ungepflegtem Äußeren“, mangelnder Notenkenntnis, Verdacht auf „Arbeitsbummelei“ der Musiker, zu hohen Gagenforderungen oder zu niedrigen Steuerzahlungen, die Lizenz - so überhaupt vorhanden - zu entziehen“.

Im Bezirk Leipzig betraf dies 54 von 58 Bands. Daraufhin versammelten sich am 31. Oktober 1965 500 bis 800 jugendliche Anhänger der Beatgruppen aus dem ganzen Bezirk auf dem Leuschner-Platz in der Leipziger Innenstadt, um gegen den Lizenzentzug und das damit verbundene Auftrittsverbot der Gruppen zu protestieren. Es war die größte verbotene Demonstration seit dem 17. Juni 1953. Die Jugendlichen wurden von Einheiten der Kasernierten Volkspolizei auseinandergetrieben. Mehr als 250 wurden zu ein- bis dreiwöchiger Zwangsarbeit in die umliegenden Braunkohlegruben transportiert. Einigen sogenannten „Rädelsführern“ wurde später der Prozess gemacht.

Die Leipziger Geschehnisse waren ein Indiz mehr für den Umschwung in der DDR-Innenpolitik, der sich im Herbst 1965 vollzog. Parteiöffentlich besiegelt wurde er auf dem berühmten 11. Plenum des ZK der SED 1965. Ursprünglich sollten nur Wirtschaftsfragen behandelt werden, doch dann drehten sich die ungewöhnlich langen Diskussionen des Plenums vor allem um Kultur- und Jugendpolitik. In seiner Grundsatzrede rechnete Erich Honecker mit der offenen Politik seit 1963 ab. An den jüngsten

„Ausschreitungen“ von Jugendlichen seien vor allem Filme, Fernsehsendungen, Theaterstücke, Romane und Zeitschriftenartikel schuld, deren antihumanistische Darstellungen Brutalität und sexuelle Triebhaftigkeit propagierten. Ausdrücklich erwähnte Honecker in diesem Zusammenhang die Filme „Das Kaninchen bin ich“ und „Denk bloß nicht, ich heule“. Namentlich genannt wurden Wolf Biermann, dem Honecker Verrat am Staat und an seinem von den Nazis umgebrachten Vater vorwarf, sowie Stefan Heym, dessen Roman „Der Tag X“ über den 17. Juni 1953 die Wahrheit entstellt habe. FDJ und Partei hätten die schädlichen Einflüsse der Beat-Musik grob unterschätzt. Die Ursache dieser Missstände sei ein ungenügendes marxistisches Weltbild der Künstler, ihre geringe Kenntnis von der Politik der Partei und ihr Hang zum „philosophischen Skeptizismus“. All diese Erscheinungen stimmten „objektiv mit der Linie des Gegners“ überein, der die DDR „im Zuge einer sogenannten Liberalisierung“ von innen her aufweichen wolle.

Nach dem 11. Plenum des ZK der SED erhielt Biermann in der DDR absolutes Auftritts- und Veröffentlichungsverbot. Stefan Heyms Buch „Fünf Tage im Juni“ konnte nur im Westen erscheinen. Die DEFA zog fast eine ganze Jahresproduktion von Filmen aus dem Verkehr. Dieses Plenum war ein vollständiger „Sieg“ des Parteiapparats über künstlerische Autonomie und die Ansprüche von Jugendlichen auf einen selbstbestimmten Freiraum.

Honecker kritisierte auch scharf, dass die FDJ in der Jugendpolitik keine maßgebende Rolle mehr spielte. Ohne es zu nennen, korrigierte er damit auch das Jugendkommuniqué, in dem die FDJ auch nur am Rande vorkam. Es sollte künftig mehr Führung der Jugend und sozialistische Erziehung (Klassenerziehung) durch die FDJ und die Schulen maßgebend sein. Stärkung und Schulung des FDJ-Aktivs war jetzt angesagt, straffere Führung der FDJ durch die Partei. Es kam zu einem Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom Mai 1966, der diese straffere Linie der Partei absegnete. Auch die FDJ folgte voll und ganz diesem Diktat.

De facto wurde so auch das Prinzip „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ eingeschränkt – zumindest seine allzu freie Auslegung. Offiziell blieb es aber bis 1989 bei dieser zunehmend inhaltsleeren Losung. Zunächst aber wurde sie praktisch weiter in der Ulbricht-Zeit verfolgt. Als Beispiele seien genannt: Die Diskussion der Verfassung der DDR 1968 und von Gesetzentwürfen Ende der 1960er Jahre, die aktive Beteiligung von Studenten an der III. Hochschulreform, die Vorbereitung der Weltfestspiele 1973 in Berlin, die Diskussion eines neuen Jugendgesetzes 1972/73 (beschlossen 1974). Es entstand die Singebewegung der FDJ, Rockgruppen der DDR schrieben eigene Lieder und Texte und fanden viel Zuspruch.

An dieser grundlegenden Entscheidung 1965/66 gegen jugendliches Freiheitsstreben hatte sich ja dann bis 1989 nichts Wesentliches geändert. Der Vertrauensvorschuss gegenüber der Jugend reichte aber stets nur so weit, wie das Politbüro der SED die politischen Strukturen der DDR nicht gefährdet sah. Makaber bleibt aber, dass die legendären Rockkonzerte der FDJ 1988 mit Cocker und Springsteen genau an diesem Lebensgefühl anknüpften und dies für eine neue DDR-Verbundenheit mit Einverständnis des Politbüros nutzen wollten. Auch das Festival des politischen Liedes und „Rock für den Frieden“ knüpften daran an. Eine von uns im Zentralrat der FDJ vorbereitete Lindenberg-Tournee wurde uns aber 1988 von Egon Krenz nach Intervention des MfS erneut untersagt.

1966 wurde auch das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) gegründet. Das ZIJ untersuchte Trends, Ursachen und Erscheinungen jugendlicher Aktivitäten. Eine Untersuchung des ZIJ über die Befindlichkeit der DDR-Jugend von 1969 („U69“) machte zum Beispiel deutlich, wie weit die FDJ davon entfernt war, die jungen Menschen in der DDR anzusprechen, sie in politische Diskussionen einzubeziehen und ihre aktive Mitwirkung in der sozialistischen Gesellschaft zu erreichen. Die Mitgliedschaft war zur Formsache verflacht. Das Verbandsleben war erstarrt und unmodern. Selbst Veranstaltungen im Freizeitbereich (Kultur und Kunst, vor allem Musik und Sport) präsentierten sich oft nicht besonders attraktiv. Die Resonanz auf politische und ideologische Themen war in der Regel negativ. Zunehmende Ausstiegs- und Verweigerungstendenzen wurden in der Öffentlichkeit geheim gehalten und selbst in den Führungsgremien der FDJ nur mit äußerster Zurückhaltung angesprochen. Wie es scheint, gelang es SED und FDJ Ende der sechziger Jahre, nur eine kleine Minderheit der Jugendlichen für sozialistische Ziele zu begeistern. Dieser politisch zuverlässige Teil der Jugend war aber kaum in der Lage, den großen Rest zu Engagement zu motivieren.

Die Repressalien, denen das ZIJ und Walter Friedrich zu dieser Zeit und danach vor allem seitens des Ministeriums für Volksbildung unterlagen, sind gut bekannt. Die Forschungsergebnisse blieben in der Regel Geheime Verschlussache – tolles Vertrauen! Als 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ bat ich 1988 erstmals nach vielen Jahren Walter Friedrich, seine Forschungsergebnisse vor einem Kreis von FDJ-Funktionären darzulegen. Was noch zu Beginn meiner hauptamtlichen Tätigkeit in der FDJ 1969 übliche Praxis war, war zu dieser Zeit schon fast „Geheimnisverrat“.

Aber es kam ja noch schlimmer: Ich behauptete, der FDJ als Interessenvertreter der Jugend und eigentlich breit aufgestellter Jugendorganisation, die auch als sozialistische Jugendorganisation (1957) noch alle erreichen, jeden gewinnen und keinen zurücklassen wollte, wurde 1976 durch die Partei auf ihrem IX. Parteitag selbst der Todesstoß versetzt. Mit dem neuen Parteiprogramm wurde in der DDR das sowjetische Modell des Sozialismus für immer festgeschrieben, die schöpferischen Reformversuche Ulbrichts endgültig zu Grabe getragen und die nationale Abgrenzung von der BRD gefordert. Stattdessen wurde im Parteiprogramm formuliert, dass es einen nahtlosen Übergang zum Kommunismus geben werde, was das auch konkret sein mochte. Für die Jugenderziehung in Schule und FDJ bedeutete das aber, dass fortan die gesamte Jugend kommunistisch erzogen werden sollte. Das richtete sich geradezu gegen die Gründungsidee der FDJ, eine breite Massenorganisation für alle Jugendlichen sein zu wollen. Wer jetzt in die FDJ eintrat, unterzog sich kommunistischer Erziehung, jeder sollte junger Kommunist werden. Und wer das nicht werden wollte, wurde ausgegrenzt und in manchen Fällen auch drangsaliert. Unterstrichen wurde dieser Parteiauftrag noch durch Symbole wie rote Halstücher bei den Pionieren, rote Ehrenbanner bei der FDJ, überall Thälmann und Pieck, Parteiprogramme als Auszeichnung der Besten. Honecker sprach nur noch von der Thälmann'schen jungen Garde. Dieser Beschluss entsprach objektiv nicht dem realen gesellschaftlichen Entwicklungsstand in der DDR und widersprach auch der Gründungsidee der FDJ. Er hatte auch nie eine gesellschaftliche Basis im Land gefunden. Kaum jemand bezog sich später auf dieses illusionäre Parteiprogramm. Einzig am Begriff kommunistischer Erziehung wurde festgehalten. 1987 empfahl Honecker der FDJ noch, mit allen Jugendlichen wieder das Kommunistische Manifest durchzuarbeiten. Dann würden sie von diesen Idealen erfasst und immuner gegen westliche Einflüsse werden. Ende der 1970er Jahre vertrieb die SED-Führung im Gefolge der Biermann-Ausbürgerung die auch unter Jugendlichen beliebten Künstler in den Westen: Manfred Krug, Angelika Domröse, Hilmar

Thate, Jutta Hoffmann, Armin Mueller-Stahl ... Das war nicht nur mangelndes Vertrauen gegenüber der Jugend, sondern war ein direkter Schlag gegen sie. Ein letztes Stück Heimatgefühl wurde so zerstört.

Für die Jugendarbeit insgesamt und die FDJ speziell bedeutete dieser Parteitagsbeschluss aber, dass nunmehr der schöpferische Gestaltungswille sich nur noch darauf beschränken durfte, das von der Partei Ausgedachte umzusetzen, jeden eigenen Beschluss gar von der Partei absegnen zu lassen. Die FDJ war so nur noch bloßer Helfer und Kampfesreserve der SED, die Interessen von Jugendlichen zu vertreten war nur noch eingeschränkt möglich. Nur was die Partei für angemessen hielt, war erlaubt. Demokratische Meinungsbildung, Erörterung von Vorschlägen, Streit darüber waren verpönt. Was hatte das mit Vertrauen in die Jugend zu tun? Dazu passte auch, dass in diesem Jahr erstmals seit Erich Honecker und letztmalig überhaupt ihr FDJ-Chef Egon Krenz (39 Jahre alt) ins Politbüro aufstieg und damit die FDJ den letzten Funken Eigenständigkeit verlor.

Im November 1989 sagte ich zu diesem Thema auf dem ZK-Plenum nach Honeckers Sturz: „Die seit 1976 deutlich artikulierte, in unseren Dokumenten demonstrierte, zwar mit allerlei Maßnahmen bekämpfte sektiererische Einengung der FDJ auf ‚Helfer und Kampfesreserve der SED‘, auf kommunistische Erziehung, auf den Zwang der engen Parteidisziplin ihrer Kader, die mehr und mehr den Interessen der Mitglieder entgegenstand, haben die FDJ in Verruf gebracht und ihren Masseneinfluss geschmälert.“ Leidenschaftlich habe ich damals die Frage des Vertrauens angesprochen: „Es geht um eine junge Generation, die in ihrem Herzen, in ihrem Perspektivbewusstsein, in ihrem Denken, in ihren Köpfen mittlerweile so betrogen wurde, dass es schwer wird, wieder um ihr Vertrauen zu kämpfen. ... Sie sind der sinnentleerten Worte und Phrasen mittlerweile überdrüssig ...“

Die Folgen des IX. Parteitags der SED waren auch verheerend: Die Lethargie in der FDJ nahm weiter zu, FDJ-Versammlungen und Zirkel des FDJ-Studienjahres verkamen immer mehr zu inhaltsleeren Zusammenkünften, die Anzahl der sogenannten „Karteileichen“ stieg, die Zahlenhascherei im Verband nahm ungeahnte Ausmaße an, Freiwilligkeit gab es kaum noch, die Ritualisierung und Ökonomisierung des Verbandslebens schritten weiter voran. Verbandsaufträge sollten mangelnde Eigeninitiative kompensieren. Pomp und Phrasen bestimmten immer mehr das FDJ-Leben. Der FDJ-Chef Krenz dröhnte von den Tribünen, was immer weniger mehr hören wollten. In den Schulen durfte nur noch das von der FDJ gemacht werden, was auch die staatliche Schulleitung (Margot Honecker) wollte. Spontane Initiativen gab es kaum noch. Ich war zu jener Zeit (1977-1980) 1. Sekretär der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und weiß, wovon ich schreibe. So wollte ich von meinen nachgeordneten Kreisleitungen endlich ehrliche Zahlen. Damit sank die Mitgliederzahl in der Verbandsstatistik, die Beteiligung an FDJ-Versammlungen lag nur bei 25 bis 30 Prozent, es fehlten plötzlich mehrere tausend Jugendbrigaden, wir erfüllten unsere Delegierungsziele zur FDJ-Initiative Berlin nicht, weil nur wenige dorthin gehen wollten. Als die realen Zahlen im Zentralrat der FDJ bekannt wurden, wurden diese keineswegs akzeptiert, ich wurde stattdessen für mangelnde ideologische Arbeit kritisiert. Diesen Vorwurf habe ich nie akzeptiert. Ich war stets der Meinung, dass jede neue Generation für unsere Entwicklung gewonnen werden sollte, die Mitgliedschaft in der FDJ nicht selbstverständlich sein muss, sondern jedes politische Engagement strikt freiwillig sein muss. Da wurde ich nur von wenigen verstanden.

Die FDJ war Meister in der Gestaltung von Massenveranstaltungen auch nach den nicht mehr opportunen Deutschlandtreffen: 1969 Treffen junger Sozialisten in Berlin, Weltfestspiele 1973 in Berlin, Nationale Jugendfestivals (Pfingsttreffen) 1979, 1984, 1989. Kundgebungen zu Parteitag und Festivals mit ausländischen Jugendorganisationen sowie Pioniertreffen. Sie wurden medial breit publiziert. Da waren aber nicht nur einfach Jugendliche zu einem fröhlichen Fest zusammen, sie wurden straff geführt. SED-Mitglieder und MfS-Mitarbeiter wurden ins Blauhemd gesteckt und waren dann bis in jede 10er-Gruppe hinein präsent. War das Vertrauen in die Delegierten? Ganz schlimm war es 1979 zum 30. Jahrestag der DDR. Der Zentralrat der FDJ traute nicht einmal seinen eigenen Funktionären zu, vor der Tribüne eine positive Stimmung für die DDR zu präsentieren. Unsere zutiefst ehrlichen Hochrufe auf die DDR wurden vom Einspielen solcher über Tonband erstickt – eine totale Manipulation der Stimmung! Bei anderen Veranstaltungen gab es zu jener Zeit speziell vorbereitete Jugendliche, die ausschließlich den Auftrag hatten, politische Stimmung mit Schlachtrufen u.a. zu erzeugen (meist die Jugendhochschüler in sogenannten Aktionsblocks). Alle misstrauten der eigenen Courage und Überzeugungskraft. Stattdessen wurde politische Stimmung inszeniert. Plakate und Winkelemente wurden industriell gefertigt und nur an die Teilnehmer verteilt und nach der Veranstaltung wieder eingesammelt.

Die Frage stellt sich, warum ich angesichts dieser Entwicklung 1980 trotzdem eine leitende Funktion im Zentralrat der FDJ annahm, 1983 gar an die Spitze des Verbandes trat? Ja, ich empfand es auch als Vertrauen und wollte Verantwortung wahrnehmen. Mit dem zeitlichen Abstand bereue ich es heute sogar. Aber ein Motiv war damals: Ich wollte diesen eben beschriebenen Zustand beenden. Das war eine schier unlösbare Aufgabe, weil es bedeutete, mit vielen Gepflogenheiten meiner Vorgänger Günther Jahn und Egon Krenz zu brechen. Das ging nur Schritt für Schritt und musste nicht selten sogar ziemlich still und ohne viel Aufheben vonstattengehen. Wolfgang Herger und Gerd Schulz als Leiter der Abteilung Jugend im ZK kannten meinen Konflikt und deckten mich im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Meine zentralen Ziele waren dabei: Ehrlichkeit bei allen statistischen Abrechnungen, bei Zahlen und politischen Wertungen, Durchsetzung des Prinzips der Freiwilligkeit zur Teilnahme an politischen Veranstaltungen, mehr demokratische Erörterungen mit FDJ-Funktionären, Erhöhung des intellektuellen Niveaus der politischen Schulungsmaßnahmen/Materialien zum Beispiel im FDJ-Studienjahr, ständiger Kontakt mit der Basis und Reduzierung/Abschaffung des enormen Protokollaufwands, Schluss mit allem Pomp, weniger Phrasen in den eigenen Reden, mehr Vertrauen zu ehrenamtlichen FDJ-Funktionären. Vor allem aber galt es, sich ehrlich der offenen Diskussion mit allen Jugendlichen zu stellen, um sie für die weitere Entwicklung der Gesellschaft zu gewinnen, was immer weniger gelang. Um solche Ziele zu verwirklichen, musste eine riesige Überzeugungsarbeit geleistet werden. Auch bedurfte es des ständigen persönlichen Beispiels. Dabei waren ja nicht nur Hindernisse in der Zentrale zu überwinden oder Rücksicht zu nehmen auf Urteile aus dem ZK der SED, nein auch in den Bezirken und Kreisen waren ja die gleichen Hemmnisse vorhanden. In einigen Fällen gelang es uns, solche Absichten und Ziele sogar in Parteibeschlüsse zu bugsieren, so zum FDJ-Aufgebot DDR 40 und zum Treffen der Jugendbrigadiere in Zeitz 1988, die aber dann kaum von den Parteileitungen verstanden wurden. Bis auf einzelne Teilerfolge gelang es letztlich nicht, grundlegende Veränderungen in der gesamten FDJ durchzusetzen. Viele meiner Bestrebungen blieben der Öffentlichkeit verborgen. Ich blieb ewig im Schatten meines Vorgängers („Fans von Egon Krenz, seid nicht traurig, jetzt kommt Aurich!“) und stand weiter unter seiner Kuratel. Aber auch die

kleinen mich von ihm unterscheidenden Schritte waren schwer erkämpft: So nahmen an einer Kundgebung zum Jahrestag der Oktoberrevolution im November 1987 Berliner FDJler ausschließlich freiwillig teil, in Ravensbrück gab es im Herbst 1988 eine bewegende Ehrung unter Teilnahme von Stephan Hermlin, die frei von aller früheren Routine war, am Pfingsttreffen 1989 nahmen erstmals viel mehr jüngste FDJ-Mitglieder aus den Schulen teil als je zuvor (freiwillig), das Gelöbnis zum Fackelzug 1989 haben alle 60 000 Teilnehmer vorher beraten, verändert und dann persönlich unterschrieben. Die Plakate und Gestaltungselemente zum Pfingsttreffen 1989 waren alle handgefertigt und selbst ausgedacht. Ich sprach mit angeblich negativ-dekadenten Punkern und aufmüpfigen Theologie-Studenten genauso wie mit Schülern und jungen Arbeitern. Ich stellte mich offen und stets ohne Vorbehalte der Debatte, denn ich wollte Jugendliche für den DDR-Sozialismus gewinnen, sie nicht vertreiben. 1989 war ich zeitweise der einzige aus dem ZK, der das noch tat. Das hat mir viele persönliche Sympathie-Punkte eingebracht, änderte aber nichts grundsätzlich am gebrochenen Vertrauensverhältnis zwischen Partei/Staat und Jugend.

Misstrauen gab es auch auf anderen Ebenen. So beobachtete grundsätzlich jeder Funktionär jeden. Nicht selten wurden da auch Wertungen und Berichte verfasst. MfS-Mitarbeiter waren auf allen Ebenen der FDJ ständig zugange. Auch Jugend- und Studentenklubs, Freizeitklubs, Kabarett und Laiengruppen wurden ständig überwacht. Die MfS-Mitarbeiter handelten nicht im Auftrag der FDJ, oft hatten wir auch keine Ahnung, was sie jeweils taten. Aber sehr oft wollten sie uns vor irgendwelchen feindlichen Tendenzen warnen, egal ob es Lindenberg-Lieder, die Aufführung des „Kleinen Prinzen“ oder ein Treffen Homosexueller war. Ständig war jeder auf der Hut, es könnte doch etwas über ihn zu seinem Vorgesetzten gelangen. Schon ein Kommentar in der Jungen Welt, ein etwas freizügigeres Aktbild im Magazin Neues Leben, ein unbekannter MfS-Bericht konnte Anlass für einen Anruf zum Beispiel beim FDJ-Chef sein. In der Regel war da nichts mehr zu ändern, aber als permanente Warnung, wachsam (misstrauisch) zu sein, diente der Anruf allemal.

1988 kam es zum Streit der FDJ mit Margot Honecker. Sie unterstellte der FDJ, unverantwortlich in den Schulen offene Debatten angezettelt zu haben und mit „speakers corner“ noch Möglichkeiten der feindlichen Propaganda angeregt zu haben. Die Ereignisse an der Ossietzky-Schule in Berlin – Proteste gegen die Militärparaden der NVA endeten mit Ausschlüssen aus der FDJ – waren der traurige Höhepunkt. Margot Honecker erklärte uns in einer Aussprache unverblümt, dass ihre Lehrer nicht in der Lage seien, die Fragen der Jugendlichen zu beantworten. Deshalb dürfe die FDJ auch nicht noch zu solchen ermutigen. Das war dann die endgültige Abkehr vom Jugendkommuniqué von 1963.

Dieses ständige Gefühl des Misstrauens wurde auch nicht durch vertrauensvolle Aussprachen bekämpft, diese gab es nämlich nicht. In sechs Jahren an der Spitze der FDJ wurde ich nicht ein einziges Mal von Erich Honecker persönlich angesprochen. Seine offiziellen Gespräche mit dem Sekretariat des Zentralrats waren hohle und nichtssagende gegenseitige Treue-Versicherungen. Lösungsvarianten für gesellschaftliche Probleme standen gar nicht zur Debatte. Vorschläge unsererseits waren auch nicht gewünscht. Nur die Etablierung von „1199“ im Jugendfernsehen konnte in solch einem Gespräch endlich erreicht werden. Als Interessenvertreter der Jugend versuchte ich 1989 zu erwirken, dass es endlich auch für DDR-Jugendliche moderne Sportkleidung zu kaufen gibt. Da wurde ich von Margot Honecker mit dem Schlagwort, dies sei „Forderungsideologie“

abgebürstet. Eine Gesetzesänderung für Homosexuelle erreichte ich nur über einen Brief an den Justizminister. Den Bau von Jugendklubs, die Rekonstruktion von Pionierlagern und Jugendherbergen konnten wir über die normale Volkswirtschaftsplanung über das Amt für Jugendfragen voranbringen. Auch die Reisemöglichkeiten in das sozialistische Ausland verbesserten sich langsam, für ausgewählte Jugendliche gab es gar Westreisen.

Generell gab es aber für Jugendliche keine Möglichkeiten, an Gesetzesvorhaben direkt mitzuwirken, weil in der Honecker-Zeit keine öffentlichen Diskussionen mehr stattfanden. Einer öffentlichen Aussprache der FDJ an den Schulen in Vorbereitung des Pädagogischen Kongresses 1989 verweigerte Margot Honecker ihren Respekt. Sie nahm die Ergebnisse gar nicht zur Kenntnis. Der einzige Weg der Kommunikation der FDJ mit der Parteiführung war über den zuständigen Sekretär Egon Krenz. Dessen Beratungen waren aber in der Regel nur Auswertungen der Politbüro-Sitzungen. Erörterungen relevanter Gesellschaftsprobleme fanden kaum statt, oft wurden nur Verhaltensregeln für FDJ-Funktionäre vorgetragen. Viele Informationen blieben der FDJ-Führung verborgen, so zur ökonomischen Lage, zum Dissens mit Gorbatschow, zum Verhältnis DDR-BRD. So viel zu Vertrauen in die Jugend und den Jugendverband!

Im September 1989 wurden wir allerdings von Egon Krenz verzweifelt gefragt, was wir in der FDJ meinen, warum so viele in den Westen wollen. Das war das einzige Mal, wo uns die Parteiführung offiziell eine solche brisante Frage stellte. Unsere ehrliche und ausführliche Antwort wurde dann von Honecker als größter Angriff der FDJ auf die Parteiführung interpretiert. Der Leiter der Abteilung Jugend des ZK Gerd Schulz sollte deshalb gar abgelöst werden. Vier Wochen später akzeptierte die neue Parteiführung dann unsere Analyse – irre!

Die Jugend der DDR erhielt an den Oberschulen und Hoch- und Fachschulen eine solide Ausbildung. Die wachsende Bildung konkurrierte daher auch mehr und mehr mit dem Reglement der politischen Strukturen im Land. Es fand auch kaum eine natürliche Kaderentwicklung in den leitenden Positionen der Gesellschaft statt. Das Alter des Politbüros ist legendär. Das jüngste Mitglied war auch 1989 noch Egon Krenz, der 1976 als Kandidat dort eintrat (damals 39 Jahre alt). In diesem Politbüro gab es nur vier ehemalige FDJ-Funktionäre: Erich Honecker, Heinz Kessler, Egon Krenz und Siegfried Lorenz. Im ZK der SED waren die jüngsten Mitglieder: Eberhard Aurich, Wilfried Poßner, Hartmut König und Jochen Willerding, alle 1989 auch bereits über 40 Jahre. Frühere FDJ-Funktionäre leiteten noch die Bezirksleitungen Dresden (Modrow), Karl-Marx-Stadt (Lorenz), Potsdam (Jahn), allesamt 1989 über 60 Jahre. Im Ministerrat der DDR gab es über alle Jahre nur drei ehemalige FDJ-Funktionäre: Heinz Kessler, Margot Honecker, Hans Sattler. Es gab aber auch keine jungen Minister in den Fachministerien. Der Jugend Vertrauen und Verantwortung – das war kaderpolitisch für die Führung des Landes eine hohle Phrase!

So war es aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen. In der FDJ ist die Bezeichnung „Berufsjugendlicher“ legendär, damit waren Kreissekretäre und Bezirkssekretäre gemeint, die dem Jugendalter längst entwachsen waren. Ich selbst wurde erst mit 37 Jahren 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ. Im DDR-Fernsehen leitete jahrelang ein Uralt-Funktionär den Kinder- und Jugendbereich. Ihm folgten nicht etwa ein Nachwuchskader aus dem Fernsehen, sondern mehrere Parteikader aus dem ZK der SED, die von den fachlichen Prozessen keine Ahnung hatten. In den Betrieben und

Einrichtungen war es kaum anders. Junge Leitungskader waren rar. Da blieben auch die sogenannten „Jugendförderungspläne“ Schall und Rauch.

Nein, die Jugend der DDR hatte in diesem Staat keine solche Entwicklungschance, wie in der Propaganda suggeriert wurde. Gut ausgebildet, ja – fleißig arbeiten, ja, aber leitende Positionen waren eh schon von Älteren besetzt. Und hätte sich jemand für bestimmte Funktionen beworben, wäre er ob dieses Anliegens schon misstrauisch beäugt worden. Man bewarb sich nicht für Funktionen, sondern wurde delegiert oder berufen. Als Egon Krenz 1989 gar die Idee hatte, einige FDJ-Funktionäre in die Parteiführung zu holen, wurde er von Willy Stoph noch gewarnt, sich „seine Leute“ nachzuholen. Das war zwar ein richtiger Einwand, aber hatte gar nichts mit Vertrauen zur Jugend zu tun.

„Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ war in der DDR mehr und mehr eine hohle Phrase, eine Farce! Diese Losung diente einzig und allein dem Machterhalt der Partei und verdeckte den latenten Generationenkonflikt.

Was wir dann plötzlich an Ideen zur gesellschaftlichen Veränderung auf dem Novemberplenium des ZK der SED 1989 aus dem Hut zauberten, da erschrecke ich noch heute. Wenn einer von uns solche Überlegungen zwei Jahre zuvor in der Partei oder FDJ gehabt oder sogar öffentlich gemacht hätte, wäre er ins Gefängnis gekommen! Da hätte es kein Vertrauen mehr gegeben, die Verantwortung wäre er für immer los gewesen.

Die Ironie der Geschichte der FDJ ist, dass sich diese Jugend der DDR an die Worte des legendären FDJ-Liedes gehalten hat: „Deutsche Jugend, pack an, brich dir selber die Bahn, für Frieden, Freiheit und Recht. Kein Zwang und kein Drill, der eigene Will' bestimme dein Leben fortan. Blicke frei in das Licht, das dir niemals gebricht. Deutsche Jugend, steh deinen Mann.“

Dass die deutsche Jugend heute ohne DDR vor ganz anderen Herausforderungen steht, ist eine andere Frage. Nur aus der DDR-Geschichte finden wir darauf keine Antworten mehr.

Eberhard Aurich

26.06.2017

Eberhard Aurich war von 1969 – 1989 hauptamtlich in der FDJ tätig

1960 Mitglied der FDJ

1961-1965 Besuch der EOS „Karl Marx“ in Karl-Marx-Stadt

1965-1969 Studium an der Pädagogischen Hochschule Zwickau, Abschluss als Diplomlehrer

1969 Mitarbeiter der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt

1971 Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt

1972 stellv. Leiter der Abt. Studenten im Zentralrat der FDJ

1977 1. Sekretär der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt

1980 2. Sekretär des Zentralrats der FDJ

1983-1989 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ